

# Festvortrag von Prof. Dr. Michael Wettengel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Dr. Wassermann, meine Damen und Herren!

*„Das Ende der ‚freien‘ Gewerkschaften“* hieß es triumphierend im Aufmacher des deutschnationalen, inzwischen aber auf nationalsozialistischen Kurs eingeschwenkten „Ulmer Tagblatts“ über die Ereignisse vom 2. Mai 1933.<sup>1</sup> Über die genauen Vorgänge in Ulm findet sich unter dem 3. Mai 1933 dagegen nur eine kurze Notiz. Dort hieß es unter anderem: *„Auf Veranlassung der Reichsregierung wurde gestern früh gegen 10 Uhr das Ulmer Gewerkschaftshaus am Weinhof unter Führung des neuernannten Kommissars zur Ueberwachung der Gewerkschaften, Kreisbetriebszellenleiter Bauer, von einer Abteilung SA besetzt. Auf dem Gebäude der Wirtschaft zum „Mohren“ wurde hierauf die Hakenkreuzfahne gehißt. Anschließend fand eine Besprechung des neuen Kommissars mit den amtierenden Gewerkschaftsführern statt, worauf die Prüfung der Kassenbestände vorgenommen wurde. [...] Die Post- und Bankkonten der Gewerkschaftsführer wurden bis auf weiteres gesperrt.“*<sup>2</sup>

Pünktlich um 10 Uhr hatte der Überfall durch SA und SS überall im Reich begonnen, so auch in Ulm. Für die einzelnen Gewerkschafts-Verbände wurden jeweils systemtreue Kommissare der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation eingesetzt, die einem reichsweiten „Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit“ unter Leitung des Nazi-Funktionärs Robert Ley unterstanden und schließlich am 10. Mai 1933 in die neu gegründete „Deutsche Arbeitsfront“ überführt wurden. Diese übernahm auch das beschlagnahmte Gewerkschaftsvermögen, die Gewerkschaftshäuser mit Inventar und die früher in den Gewerkschaften organisierten Beschäftigten. Auch in das Ulmer Gewerkschaftshaus zog nun die „Deutsche Arbeitsfront“ ein. Die Berichterstattung in den Zeitungen beschönigte die Vorgänge dabei ganz bewusst. So war nichts davon zu hören, dass bei der Zerschlagungs-Aktion vielerorts im Reich Gewerkschaftsfunktionäre inhaftiert, beleidigt, misshandelt und sogar ermordet wurden.

Der Anschein der Legalität sollte gewahrt werden. Zugleich galt es auch, den Eindruck eines Angriffs auf die Arbeiterschaft zu vermeiden. Die rasche Bildung der „Deutschen Arbeitsfront“, deren vorläufiger Organisationsplan noch an den Aufbau der Gewerkschaften anknüpfte, suggerierte Kontinuität. Davon konnte freilich keine Rede sein. Als Zwangsvereinigung aller *„im Arbeitsleben stehenden Menschen ohne Unterschied ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung“*<sup>3</sup> war die „Deutsche Arbeitsfront“ Ausdruck der nationalsozialistischen Volksgemeinschafts-Ideologie und sollte eine Interessenharmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im nationalsozialistischen Staat vorspiegeln. Sie war somit ein

---

<sup>1</sup> Ulmer Tagblatt 101/3.5.1933, S. 1

<sup>2</sup> Ulmer Tagblatt 101/3.5.1933, S. 5; vgl. ferner Uwe Schmidt: „Ein redlicher Bürger redet die Wahrheit frei und fürchtet sich vor niemand“. Eine Geschichte der Demokratie in Ulm, S. 77; zu Karl Bauer, Lagerverwalter bei der Firma Eugen Laumayer in Ulm, Kreisbetriebszellenleiter der NSBO in Ulm, seit 1933 Kreiswarter der DAF in Ulm, 1932-37 NSDAP-Gemeinderat und NS-Ratsherr, seit 1937 Kreisabteilungsleiter der DAF in Heilbronn, vgl. Personalakte im Stadtarchiv Ulm 005/3 Nr. 31.

<sup>3</sup> Aufruf vom 27.11.1933, zitiert nach Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich, München 2003, S. 9.

Instrument zur Formierung der Arbeiterschaft.<sup>4</sup> Die eingeschüchterten christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften schlossen sich dem Komitee bzw. der „Deutschen Arbeitsfront“ zügig an.

Der Schlag gegen die Gewerkschaften war Mitte April 1933 beschlossen und seitdem minutiös vorbereitet worden.<sup>5</sup> Auch nach der Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ ging es Schlag auf Schlag weiter: Durch die am 19. Mai 1933 geschaffene Institution der „Treuhand der Arbeit“ wurde die Tarifhoheit der Sozialpartner beseitigt und durch staatlichen Zwang ersetzt. Es folgten das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 und das „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ vom 27. Februar 1934, die das Führerprinzip in die Betriebe einführten und die Machtverhältnisse weiter zu Ungunsten der Arbeitnehmer verschoben, denen die Rolle der Gefolgschaft zugewiesen wurde.

Von der Besetzung der Gewerkschaftshäuser wurden Führung und Mitglieder des ADGB völlig überrascht. Noch am Tag zuvor war der 1. Mai als „Tag der Nationalen Arbeit“ begangen worden, den die nationalsozialistische Führung zum gesetzlichen Staatsfeiertag unter Fortzahlung des Lohns erklärt hatte. Der 1. Mai galt nun als Sieg über den Marxismus, als Überwindung von Klassen- und Standesgegensätzen und als Feier der Volksgemeinschaft. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Joseph Goebbels erklärte dazu in seinem Aufruf zum 1. Mai, die Regierung wolle *„damit zum Ausdruck bringen, daß die Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit der nationalen Arbeit, ihren Schöpfern und Trägern eine unlösliche und schicksalgegebene ist. Zum ersten Male wieder seit Jahrzehnten innerer Zerklüftung und parteipolitischer Zerrissenheit erhebt sich über Zank und Hader der unsterbliche Geist deutschen Volkstums, verklärt und geläutert durch den Segen der schaffenden Arbeit.“*<sup>6</sup>

Auch in Ulm war dieser Tag mit Aufmärschen und Paraden begangen worden, organisiert von einem Arbeitsausschuss unter Leitung des NSDAP-Kreisleiters Eugen Maier, der dazu erklärte: *„Wir danken*

---

<sup>4</sup> Vgl. Norbert Frei: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 6. Aufl. 2001, S. 74.

<sup>5</sup> Detlev Brunner: 2. Mai 1933 – Der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser und das Schicksal der Gewerkschaftsbibliotheken, in: Verbrannt, geraubt, gerettet! Bücherverbrennungen in Deutschland: Eine Ausstellung der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des 70. Jahrestages (Veröffentlichungen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 13), Bonn 2003, S. 23-30, hier S. 23; Dirk Erb (Hrsg.): Gleichgeschaltet: Der Nazi-Terror gegen Gewerkschaften und Berufsverbände 1930 bis 1933, Göttingen 2001, S. 227. Vgl. ferner: Manfred Scharrer: Anpassung bis zum bitteren Ende. Die freien Gewerkschaften 1933, in: Manfred Scharrer (Hrsg.): Kampflöse Kapitulation, Reinbek 1984; Hermann Weber, Klaus Schönhoven, Klaus Tenfelde (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, Köln 1988. Zu Ulm vgl. Uwe Schmidt: 125 Jahre Gewerkschaften in Ulm, hrsg. von DGB Region Ulm-Biberach, Ulm 2003, S. 28 f.; Uwe Schmidt: „Ein redlicher Bürger redet die Wahrheit frei und fürchtet sich vor niemand“. Eine Geschichte der Demokratie in Ulm, Ulm 2007, S. 76 f.; Rudi Kübler: Ulm 1933. Die Anfänge der nationalsozialistischen Diktatur (Kleine Reihe des Stadtarchivs Ulm 7), Ulm 2009, S. 48-51.

<sup>6</sup> Erb, Gleichgeschaltet (wie Anm. 5), S. 222.

*unserem Führer, daß er uns diese deutsche Idee der Volksgemeinschaft gegeben hat. Nur wenige Wochen arbeitete er an der verantwortlichen Stelle des deutschen Volkes, und diese wenigen Wochen genügten, das deutsche Volk zusammenzuführen.“<sup>7</sup>*

Schon um 5:45 Uhr trat die SA-Kapelle bei der Wagner-Schule an, um über die Söflingerstraße durch Söflingen und zurück über den Kuhberg zu marschieren. Weitere Kapellen waren in der Innenstadt, in der Oststadt und auf dem Michelsberg unterwegs. 20.000 Menschen sollen bei den Veranstaltungen in Ulm, wie es hieß, „in Reih und Glied“ marschiert sein – „Ein unerhörter Festzug, wie ihn Ulm noch nie gesehen“, berichtete das Ulmer Tagblatt.<sup>8</sup> Die nationalsozialistischen Verbände, der Stahlhelm, die Polizei, Reichswehr, Militärvereine und Militärkapellen marschierten neben den Belegschaften der Ulmer Firmen, Verwaltungen, Geschäfte und Innungen, die oft Festwagen mit sich führten, auf denen die jeweiligen Produkte vorgestellt wurden. Über weite Strecken glich die Parade einem Werbeumzug für die heimische Wirtschaft, die sich so der Öffentlichkeit wirksam präsentieren konnte.<sup>9</sup> An der Spitze des Zuges marschierte Wilhelm Dreher, SS-Standartenführer, NSDAP-Reichstagsabgeordneter und Kommissar „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, der noch im selben Jahr die Leitung der Polizeidirektion Ulm übernahm.<sup>10</sup> Zwei Stunden dauerte der Vorbeimarsch. Die ganze Stadt war mit schwarz-weiß-roten und Hakenkreuz-Fahnen dekoriert, erstmals soll an diesem Tag auch am Ulmer Münster die Hakenkreuz-Flagge aufgezogen worden sein.<sup>11</sup> Die Ulmer Juden waren dagegen am 1. Mai 1933 aus der nationalen Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Ihnen war verboten worden, die schwarz-weiß-rote, die Hakenkreuz-oder die württembergische Landesfahne zu hissen.<sup>12</sup>

Den Abschluss des „Tages der Nationalen Arbeit“ bildete eine Feier im Stadion mit Feldgottesdienst, der Weihe von Fahnen der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation und Ansprachen. Diese nationalsozialistische Veranstaltung zur Überhöhung der Volksgemeinschaft hatte jedoch mit der Tradition des 1. Mai nichts mehr zu tun. Der „Tag der Nationalen Arbeit“ 1933 war ein Mummenschanz von Laiendarstellern. Die Nationalsozialisten verhöhnten damit die 1. Mai-Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung, die seit 1889 weltweit für menschenwürdige Arbeitsbedingungen demonstriert hatte, und vereinnahmten den Tag in ihrem Sinne. Die Ulmer Arbeiterschaft nahm am nationalsozialistischen Tag der Arbeit teil, entweder mit Begeisterung oder aus Angst vor Repressalien.

---

<sup>7</sup> Ulmer Tagblatt 100/2.5.1933, S. 8.

<sup>8</sup> Ulmer Tagblatt 100/2.5.1933, S. 7.

<sup>9</sup> Ulmer Tagblatt 101/3.5.1933, S. 7.

<sup>10</sup> Vgl. Frank Raberg: Biografisches Lexikon für Ulm und Neu-Ulm 1802-2009, Ulm 2010, S. 70-72; Sabine Schmidt: Wilhelm Dreher, Polizeidirektor 1933-1942, in: Hans Eugen Specker (Hrsg.): Ulm im Zweiten Weltkrieg (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm: Reihe Dokumentation, Bd. 6), Ulm 2. Aufl. 1996, S. 470-473.

<sup>11</sup> Ulmer Tagblatt 100/2.5.1933, S. 7.

<sup>12</sup> Ulmer Bilderchronik Bd. 5a, bearb. von Hildegard Sander, Ulm 1988, S. 25.

Widerstand leistete in Ulm allein der Himmel: Schwere Gewitter gingen schon am Vorabend der Veranstaltung nieder und zerstreuten eine Kundgebung von Nazi-Formationen auf dem Münsterplatz.<sup>13</sup> Und auch die Parade am 1. Mai erfolgte unter ständigem Regen, so dass das Ende der Festveranstaltung vom Stadion in den Saalbau und in die Charlottenturnhalle verlegt werden musste, wo dann auch die Übertragung der Berliner Feier und der Zapfenstreich stattfanden.<sup>14</sup> Weitere Unwetter sorgten sogar dafür, dass am 2. Mai das Netz des Städtischen Elektrizitätswerks gestört und die Straßenbeleuchtung unterbrochen wurde.<sup>15</sup> Die irdischen Vertreter des Himmels machten dagegen bei der nationalsozialistischen Maifeier mit. Der evangelische Stadtpfarrer Ernst Schieber und der katholische Dekan Oskar Gageur hielten den Feldgottesdienst, den Gageur mit den Worten beendete „*Segne Du denn und erfreue unseren greisen Vater des Vaterlandes, erleuchte und stärke seinen Kanzler, unseren Führer in der Vollkraft seines Schaffens und im Übermaß seiner Verantwortung! Erhalte uns die Liebe zum Vaterland und schütze es für und für! Das walte Gott durch Christus unseren Herrn. Amen.*“<sup>16</sup>

Die Gewerkschaftsführung hatte gegen die Pervertierung ihrer Tradition nicht nur keinen Widerstand geleistet, sie hatte ihre Mitglieder sogar zur Teilnahme an der nationalsozialistischen Inszenierung aufgefordert. Der Bundesvorstand des ADGB verkündete am 15. April 1933: „*Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat. An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen. Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.*“<sup>17</sup>

Der Bundesausschuss des ADGB ging am 19. April 1933 noch darüber hinaus, indem er die Gewerkschaftsmitglieder aufforderte, „*im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.*“ Immerhin erinnerte der ADGB-Bundesausschuss die Reichsregierung an die „*Notlage der arbeitslosen Massen*“ und forderte die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.<sup>18</sup>

Diese Aufrufe bildeten den moralischen Tiefpunkt einer Politik der Anpassung und Anbiederung der Gewerkschaftsführung an den nationalsozialistischen Staat. Diese begann spätestens mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. So hieß es am 25. März 1933 in der Gewerkschafts-Zeitung:

---

<sup>13</sup> Ulmer Tagblatt 100/2.5.1933, S. 7.

<sup>14</sup> Ulmer Tagblatt 100/2.5.1933, S. 9.

<sup>15</sup> Ulmer Bilderchronik Bd. 4, hrsg. von Karl Höhn, Ulm 1937, S. 123.

<sup>16</sup> Ulmer Tagblatt 100/2.5.1933, S. 8; vgl. auch Kübler, Ulm 1933 (wie Anm. 5), S. 50.

<sup>17</sup> Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 448.

<sup>18</sup> Ebda.

*„Die Gewerkschaften sind ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst. [...] Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.“*<sup>19</sup> Am 31. Januar 1933, also einen Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, erklärte der Vorsitzende des ADGB Theodor Leipart: *„Organisation – nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde.“*<sup>20</sup> Forderungen nach einem Generalstreik erteilte der Bundesvorstand des ADGB eine klare Absage, dies sei, so der stellvertretende Vorsitzende, Peter Graßmann, *„politischer Unsinn“*. Den Generalstreik hebe man sich *„als die äußerste Eventualität“* auf.<sup>21</sup> Die Lageeinschätzung des Bundesausschusses des ADGB fasste Leipart in dessen Sitzung am 31. Januar 1933 so zusammen: *„Die gegenwärtige Regierung mag – in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen, die gegenwärtig günstig für sie zu liegen scheinen – eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Rumpelkammer veralteter Vorstellungen reaktionäre Pläne heraufholen und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen -, die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstieges auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertönen, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen und zu ihren Fahnen führen, die heute die wirtschaftliche Not unseren Organisationen entfremdet hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwältigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen.“*<sup>22</sup>

Doch weder auf Drohungen noch auf die Angebote der Gewerkschaften zur Zusammenarbeit gingen die Nationalsozialisten ein. Bereits vor den Ereignissen des 2. Mai wurden Gewerkschafter und Betriebsräte immer wieder Opfer des nationalsozialistischen Terrors, etwa in Form von Misshandlungen, Zerstörungen gewerkschaftlichen Eigentums oder der eigenmächtigen Absetzung gewerkschaftlicher Betriebsräte – so auch von acht Ulmer Betriebsräten bei Magirus Ende April 1933.<sup>23</sup> Viele Gewerkschafter wurden in die frühen Konzentrationslager der Nazis verschleppt oder gar ermordet. Zahlreiche Gewerkschaftshäuser wurden überfallen, aus rund 160 Orten des Reiches gelangten Hilferufe an den Bundesvorstand des

---

<sup>19</sup> Zitiert nach Michael Schneider: Tolerierung – Opposition – Auflösung. Die Stellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Regierungen Brüning bis Hitler, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, Frankfurt a.M. 1978, Bd. 1, S. 150-219, hier S. 207.

<sup>20</sup> Ebda., S. 203, vgl. auch Schneider, Kleine Geschichte (wie Anm. 17), S. 215.

<sup>21</sup> Zitiert nach Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1987, S. 869.

<sup>22</sup> Zitiert nach Schneider, Tolerierung (wie Anm. 19), S. 204.

<sup>23</sup> Vgl. Kübler, Ulm 1933 (wie Anm. 5), S. 50 f.

ADGB.<sup>24</sup> Ein besonders eklatanter Fall war die gewaltsame Stürmung des Münchner Gewerkschaftshauses in der Pestalozzistraße durch SA am 9. März 1933. Vergeblich hatte man dort auf das Eingreifen der Polizei gehofft. Noch am 13. April 1933 blieben reichsweit 43 Gewerkschaftshäuser weiterhin von den Nazis besetzt. Die Reaktion der Gewerkschaftsführung war zahnlos: Leipart appellierte am 10. März 1933 an den greisen Reichspräsidenten Hindenburg, angesichts der Leistungen der Gewerkschaften für Deutschland zu verhindern, dass Gewerkschaftseigentum zerstört und die Anhänger der Gewerkschaften verfolgt werden.<sup>25</sup> Doch der Terror ging weiter. Eigentlich konnte niemand nach all diesen Ereignissen wirklich überrascht sein von dem, was dann am 2. Mai 1933 noch kommen sollte. Der NS-Funktionär Robert Ley soll dazu höhnisch gesagt haben: *„Wenn die Führer der freien Gewerkschaften sich etwas mehr mit diesem Werk Adolf Hitlers befaßt hätten, so würden sie jetzt nicht überrascht worden sein, sondern sie würden erkennen, daß das was jetzt geschehen ist, nur eine logische Folge der Entwicklung der Revolution unserer Idee darstellt.“*<sup>26</sup>

Selbst die eigenständige Organisation der Gewerkschaften war bei der Führung des ADGB nicht mehr sakrosankt: So schreckte man nicht davor zurück, am 13. April 1933 Gespräche mit Vertretern der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation auch über die zukünftige Form der Organisation der Gewerkschaften zu führen,<sup>27</sup> und am 28. April 1933 bildeten führende Vertreter von ADGB, der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine den sogenannten *„Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“*, dessen Programm die *„Förderung eines gesunden Staates und Volkes“* als höchstes Ziel der Gewerkschaften postulierte.<sup>28</sup> Ein zukunftsweisendes Aktionsbündnis war dies nicht, zu deutlich trug das Unternehmen den Charakter der Unterwerfung. Und auch als Modell zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft in letzter Minute kann dies sicher nicht interpretiert werden, eher als willfährige Entsprechung der Wünsche der Nationalsozialisten.<sup>29</sup> Vergeblich warnte der SPD-Parteivorsitzende Wels den ADGB-Vorsitzenden Leipart noch Ende April 1933 vor der Teilnahme an den Nazi-Feiern zum 1. Mai mit den Worten: *„Es [ist] der moralische Zusammenbruch. Die schwerste Schädigung, die die Gewerkschaften noch erfahren könnten, und außerdem würde dies Opfer ganz umsonst gebracht. Lasse doch lieber das Hakenkreuz mit Gewalt auf die Dächer setzen, ehe Du freiwillig die schwarz-weiß-rote Fahne hißt“*, soll Wels ihm geraten haben.<sup>30</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. Erb, Gleichgeschaltet (wie Anm. 5), S. 177.

<sup>25</sup> Gewerkschafts-Zeitung Nr. 11 vom 18. März 1933, „Appell an Hindenburg“.

<sup>26</sup> Zitiert nach Erb, Gleichgeschaltet (wie Anm. 5), S. 227.

<sup>27</sup> Verhandlungen mit der NSBO am 13. April 1933, abgedruckt bei Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933, Neuwied/Berlin (West) 1971, S. 168-173, hier S. 169.

<sup>28</sup> Schneider, Tolerierung (wie Anm. 19), S. 162, 446 f.; Schneider, Kleine Geschichte (wie Anm. 17), S. 219; Gerhard Beier: Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XV (1975), S. 365-392.

<sup>29</sup> Winkler, Der Weg (wie Anm. 21), S. 920 f.

<sup>30</sup> Aufzeichnungen des SPD-Vorsitzenden Wels, abgedruckt bei Heer, Burgfrieden (wie Anm. 27), S. 190-193, hier S. 192.



Das Gewerkschaftshaus mit dem Schriftzug der Deutschen Arbeitsfront, etwa 1939

Auch viele Gewerkschafter nahmen deutlich Stellung gegen die Anpassungspolitik ihrer Führung. Ein prominentes Beispiel war Anton Reißner, ein fast vergessener Gewerkschaftsfunktionär aus München, Redakteur von Gewerkschaftszeitungen und SPD-Reichstagsabgeordneter. Eigentlich gab es in der Arbeiterbewegung schon seit den 1920er Jahren eine intensive Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Doch unbeirrt verfolgte die Gewerkschaftsführung ihren Kurs weiter. Im Zentrum ihrer Politik stand der Versuch, die gewerkschaftliche Organisation zu retten, bis der nationalsozialistische Spuk vorüber sein würde. Dieser defensive Kurs wirkte jedoch mutlos und desorientierend auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft, er schwächte damit die Gewerkschaften weiter und verstärkte deren Krise. Was waren die Ursachen dieser Entwicklung?

1. Tatsächlich befanden sich die Gewerkschaften bereits vor 1933 in einer schwierigen Lage. Infolge der Weltwirtschaftskrise und der latenten politisch-parlamentarischen Krise waren ihre Handlungsspielräume extrem eingeeengt. Es konnte nur noch darum gehen, Lohnkürzungen in vertretbarem Rahmen zu halten. Die mangelnden Erfolge und die Machtlosigkeit hatten die Gewerkschaften zermürbt.

2. Infolgedessen war der Mitgliederbestand der Freien Gewerkschaften geschrumpft, von mehr als 8 Millionen Mitgliedern im Jahre 1920, als sie erfolgreich das Mittel des Generalstreiks gegen die Kapp-Putschisten einsetzte, auf dreieinhalb Millionen im Jahr 1932.<sup>31</sup> Die Gewerkschaften waren zu Beginn der Herrschaft Hitlers nicht mehr die starken Organisationen von einst, und sie schrumpften weiter. Angesichts dieser realen Schwäche schreckten viele Gewerkschaftsfunktionäre vor einer offenen Konfrontation zurück.
3. Ein folgenreiches Handicap war auch die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Neben den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen kam auf Betreiben der KPD im Dezember 1929 mit der Gründung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) auch noch eine kommunistische Gewerkschaftsorganisation hinzu, die sich vom ADGB abspaltete.<sup>32</sup>
4. Der Glaube an die Naturnotwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, die es unter allen Umständen zu bewahren gelte, stellte einen gravierenden Irrtum dar. Mit der Überhöhung der Organisation verbunden waren ein Legalitätsdenken und eine Staatsgläubigkeit, die auf verfassungsrechtliche Prinzipien und Positionen pochen ließen, wo diese doch eigentlich schon obsolet waren.<sup>33</sup> Die Gewerkschaftsführung glaubte nicht, dass eine Zerschlagung der Gewerkschaften im Bereich des Möglichen lag.
5. Hinzu kam das Denken in historischen Analogien, das die nationalsozialistische Herrschaft mit der Unterdrückung der Arbeiterbewegung unter Bismarcks Sozialistengesetzen verglich. So wie damals werde die Arbeiterbewegung auch diesmal siegen.<sup>34</sup> Diese aus heutiger Sicht abenteuerlichen Analogien hingen wohl auch mit dem persönlichen Erfahrungshintergrund der Gewerkschaftsführung zusammen, die stark überaltert war und deren Vorstellungswelt von der Zeit zwischen 1890 und 1920 geprägt und dort stehen geblieben war. Ein prominentes Beispiel dafür war der Hauptprotagonist der Politik des „kühlen Bluts“ und ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart. Im Jahr 1867 geboren, erfuhr er seine politische Sozialisation in der Endzeit des Kampfes gegen die Sozialistengesetze im Kaiserreich. 1919 wurde er für ein Jahr württembergischer Arbeitsminister und 1921 als Nachfolger von Carl Legien Vorsitzender des ADGB. Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft war Leipart 65 Jahre alt und leitete den

---

<sup>31</sup> Schneider, Kleine Geschichte (wie Anm. 17), S. 495.

<sup>32</sup> Vgl. Lore Heer-Kleinert: Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M., New York 1983.

<sup>33</sup> Vgl. Hans Dieter Kluge: Verhältnis von SPD und Parlamentarismus: Koalition, Tolerierung, Opposition, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, Frankfurt a.M. 1978, Bd. 1, S. 9-83, hier S. 20 f.

<sup>34</sup> Ebda., S. 21.

ADGB seit 12 Jahren.<sup>35</sup> Den Nationalsozialisten mit ihren gewaltsamen Aktionen, die mit allen rechtsstaatlichen Traditionen brachen, war er nicht gewachsen.

Es wäre jedoch verfehlt, die Niederlage der Gewerkschaften im Mai 1933 auf individuelles Versagen von Führungspersönlichkeiten zu reduzieren. Die Gründe für das Scheitern lagen tiefer. Ich möchte dazu nur einige Hinweise geben, die auch als Anregung gedacht sind, weiter zu forschen.

- So sind vor allem strukturelle Probleme der Gewerkschaften in der Weimarer Republik auszumachen, die zu ihrer Schwächung führten. Es gibt beispielsweise Hinweise darauf, dass sich die Gewerkschaftsführung den Vorstellungen der jüngeren Mitglieder entfremdet hatte. Eine Führungsriege, die um 1890 die mächtigen Industrie-Gewerkschaften aus Einzelverbänden geformt hatte, war 40 Jahre später immer noch an der Macht, hatte aber den Kontakt zur Gewerkschaftsjugend verloren.

- Überdies bröckelte die gewerkschaftliche Basis, denn die wirtschaftliche Krise hatte eine entsolidarisierende Wirkung: Jedes zweite Gewerkschaftsmitglied war arbeitslos, nur noch jedes dritte vollzeitbeschäftigt.<sup>36</sup> Der Historiker Heinrich August Winkler urteilt darüber: *„Die tieferen Gründe der gewerkschaftlichen Anpassungspolitik lagen in der Entwicklung der Arbeiterschaft selbst. Die Große Depression hatte die Kluft zwischen den beschäftigten und den erwerbslosen Arbeitern erweitert [...]. Im Zweifelsfall hatten die Interessen des Betriebs einen höheren Rang als die Forderungen der Gewerkschaft oder gar der Appell der Arbeiterparteien zur Klassensolidarität. [...] Die Geschwindigkeit, mit der viele Arbeiter sich 1933 auf den Boden des neuen Regimes stellten, kann auf dem Hintergrund der langen Krisenzeit kaum überraschen. Die Bindungen an die Arbeiterorganisationen, vor allem an die politischen, hatten sich gelockert, während die Bindungen an den Betrieb enger geworden waren. Wer nach Jahren der Arbeitslosigkeit wieder einen Arbeitsplatz erhielt, war oft geneigt, über den Verlust der politischen Freiheit hinwegzusehen. Es lag nicht nur an der nationalsozialistischen Propaganda, sondern auch an der vergangenen Wirklichkeit, daß die wenigsten Arbeiter der ‚Systemzeit‘ vor 1933 nachtrauerten.“*<sup>37</sup>

- Dann ist auch hier wieder die beispiellose Zielstrebigkeit und Brutalität der Nationalsozialisten zu nennen, die sich bedenkenlos über Regeln und Normen des Rechtsstaats und der sittlichen Ordnung hinwegsetzten. Die Nationalsozialisten hatten damit Erfolg, der sie zu immer weiteren Aktionen ermutigte, während die Gewerkschaften nur Misserfolge und Demütigungen hinnehmen mussten. Der Historiker Volker Ullrich dazu: *„Die Erfahrung, schutzlos den Übergriffen der SA-Trupps*

---

<sup>35</sup> Vgl. Heinrich Potthoff: Leipart, Theodor, in: Neue Deutsche Biographie 14 (1985), S. 150 f.

<sup>36</sup> Vgl. Volker Ullrich: Abmarsch der Arbeiter, in: Die Zeit Nr. 18, 30. April 1993, S. 82.

<sup>37</sup> Winkler, Der Weg (wie Anm. 21), S. 953.

*ausgeliefert zu sein, übte auf die Gewerkschaftsbasis eine ebenso abschreckende wie lähmende Wirkung aus. Mutlosigkeit und Resignation machten sich breit.*<sup>38</sup> Während sich die Nationalsozialisten im Aufwind befanden, steckten die Gewerkschaften in einem negativen Zirkel. Nichts beflügelt so sehr wie der Erfolg, nichts demoralisiert so sehr wie der Misserfolg.

- Und zuletzt muss leider festgestellt werden, dass auch Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre der mittleren und unteren Führungsebene nicht immun gegen das nationalsozialistische Gedankengut waren. Viele waren fasziniert von der Dynamik und der Durchsetzungskraft der Nationalsozialisten. So fanden sich im April 1933 in gewerkschaftlichen Publikationsorganen Artikel gerade auch jüngerer Gewerkschaftsfunktionäre, die die Grenze bloßer Anpassung überschritten.

Ein solches Beispiel war ein Beitrag in der Gewerkschafts-Zeitung, den Adolf Dünnebacke verfasst hatte, ein 1891 geborener Sozialdemokrat und Gewerkschafter. Er schrieb am 15. April 1933 unter der Überschrift „Arbeiterschaft und nationale Revolution“ von zwei *„entscheidenden Tatsachen der deutschen Gegenwart [...] das Versagen parlamentarisch-demokratischer Methoden im Innern und eine neue nationale Bewegung von unbändigem Lebenswillen und Freiheitsdrang, der sich die Mehrheit des Volkes angeschlossen hat.“*<sup>39</sup> Gemeint war mit der *„neuen nationalen Bewegung“* die nationalsozialistische Bewegung. Wie nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs der „Burgfrieden“ zwischen Regierung und Gewerkschaften in Kraft getreten sei, so müsse auch die jetzige Regierung die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit den Gewerkschaften erkennen: *„Erklärungen der Gewerkschaften aller Richtungen über ihre Stellung zu der neuen Lage liegen vor. Sie bedeuten nicht nur für die Führer ein Opfer von Idealen. Gerade in den breiten Massen der Arbeiterschaft lebt eine starke traditionelle Bindung an humanistische Ideale: Völkerfrieden, Menschheitsglaube, Überwindung der nationalen und rassischen Grenzen. Wenn manches hiervon der brutalen Not der Wirklichkeit nicht standgehalten hat, so muß entschlossen die Konsequenz gezogen und die Wendung vollzogen werden. Sie wird um so rascher vollzogen werden, je eher die Arbeiterschaft erfährt, das die ‚nationale Erhebung‘ keine Unterdrückung der Arbeiterschaft bedeutet, daß die ‚nationale Revolution‘ keine antisoziale Revolution sein soll! Wenn diese Klarstellung erfolgt ist, dann wird die deutsche Revolution auch in ihrer zweiten, nationalen Phase sich auf die Arbeiterschaft und ihre Berufsvertretungen stützen können.“*<sup>40</sup>

Auch wenn hier sicherlich illusionäre Einschätzungen, schiefe Vergleiche und eklatante Fehleinschätzungen festgestellt werden können, so bleibt doch ein bedrückendes Gefühl zurück: Letzten Endes war hier ein Sozialdemokrat und Gewerkschafter bereit, Ideale und Ziele der Arbeiterbewegung zu

---

<sup>38</sup> Ullrich, Abmarsch (wie Anm. 36), S. 82.

<sup>39</sup> Zitiert nach Schneider, Tolerierung (wie Anm. 19), S. 215 f.

<sup>40</sup> Ebda., S. 216 f., Hervorhebungen in der Vorlage.

opfern und eine Komplizenschaft mit den Nationalsozialisten einzugehen. Und damit stand er nicht allein: Ein anderes Beispiel war Walther Pahl, Jahrgang 1903 und Leiter der Zentralstelle für den Freiwilligen Arbeitsdienst beim ADGB,<sup>41</sup> der in der letzten Ausgabe der Gewerkschafts-Zeitung vom 29. April 1933 anlässlich der bevorstehenden Maifeierlichkeiten schrieb: *„Vom Nationalsozialismus unterschied uns keine andere Rangordnung der Werte Nation und Sozialismus, sondern lediglich eine andere Prioritätsordnung. Wir wollen erst den Sozialismus, um die Nation zu gestalten. Der Nationalsozialismus forderte und verwirklichte jetzt die Einheit der Nation, um auf diesem breiten und festen Fundament den deutschen Sozialismus aufzubauen. [...] Wir brauchen wahrhaftig nicht ‚umzufallen‘, um zu bekennen, daß der Sieg des Nationalsozialismus, obwohl er im Kampf gegen eine Partei errungen wurde, die uns als Träger der sozialistischen Idee galt, auch unser Sieg ist, insofern die sozialistische Aufgabe heute der ganzen Nation gestellt ist.“*<sup>42</sup> Hier darf nicht nur von Schönreden der aktuellen Situation, sondern sogar von Kollaboration mit den Nazis gesprochen werden, Volker Ullrich nennt dies einen *„schrittweisen Übergang ins Lager des Gegners.“*<sup>43</sup>

Dies erfolgte zu einem Zeitpunkt, als längst an vielen Orten des Reiches Konzentrationslager eingerichtet worden waren und politische Gegner misshandelt und ermordet wurden. Begonnen hatte auch die Diskriminierung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung, beispielsweise in Form von Boykott-Maßnahmen und tätlichen Übergriffen durch die Nationalsozialisten. Man muss sich fragen, wie lange und wie weit die Politik der Anbiederung noch gegangen wäre, wenn sie nicht von den Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 brutal beendet worden wäre.

Die Beschäftigung mit der Geschichte soll uns aber nicht beschweren, sondern helfen, für die Zukunft zu lernen. Welche Lehre können wir heute aus den Ereignissen vor 80 Jahren ziehen?

- Zunächst sollte deutlich geworden sein, dass die eigenen Ideale und Werte stets an hohen ethischen Maßstäben ausgerichtet werden müssen und diese dann niemals aufgegeben werden dürfen, auch wenn die Zeiten noch so schwierig sind, politisch und wirtschaftlich. Dies gilt auch, aber nicht nur für Gewerkschaften. Auch veränderte Zeiten und neue Herausforderungen dürfen nicht dazu führen, dass der innere Kompass zur Disposition gestellt wird. Im Grunde hätten das auch die Zeitgenossen vor 80 Jahren wissen können. So formulierte der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels am 26. April 1933 auf einer sozialdemokratischen Reichskonferenz in Berlin *„Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versuchte. Ist die Idee preisgegeben, dann stirbt auch die Organisation.“*<sup>44</sup> Diese Worte von Wels

---

<sup>41</sup> Karsten Linne: Walter Pahl. Eine Gewerkschaftskarriere, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte, 1990, Heft 3, S. 39-55.

<sup>42</sup> Zitiert nach Winkler, Der Weg (wie Anm. 21), S. 922.

<sup>43</sup> Ullrich, Abmarsch (wie Anm. 36), S. 82

<sup>44</sup> Zitiert nach Winkler, Der Weg (wie Anm. 21), S. 924.

bedeuteten eine klare Absage an all jene, die versuchten, die gewerkschaftliche Organisation durch eine Aufgabe von zentralen Werten der Arbeiterbewegung zu erhalten.

- Dies beinhaltet ferner einen kompromisslosen Kampf gegen all jene, die diese Grundwerte in Frage stellen oder gar abschaffen wollen. Hier gibt es keinen Dialog und keine Übereinkunft. Wer sich mit den Feinden der Grundwerte einlässt, kompromittiert sich. Auch der Spruch „der Klügere gibt nach“ ist hier falsch. Das Beispiel zeigt vielmehr: Das Nachgeben der Gewerkschaftsführung half nichts, im Gegenteil, es beflügelte die Nazis noch zu immer monströseren Schandtaten. Gerade die leichten Erfolge verstärkten die Dynamik der nationalsozialistischen Gewaltmaschinerie. Wäre den Nazis in Deutschland größerer Widerstand entgegengebracht worden, so hätte dies sicherlich Opfer bedeutet, es wäre aber womöglich viel mehr Unheil verhindert worden und hätte zumindest bremsend gewirkt.

- Und dies hat drittens zur Konsequenz, dass die Brutalität und die Kraft einer menschenverachtenden Ideologie wie der des Nationalsozialismus nie unterschätzt werden darf. Wer beispielsweise glaubt, dass die Gefahr des Nationalsozialismus für Deutschland gebannt sei, leistet ihrer Wiederentstehung Vorschub.

Wenn diese Ausstellung dazu beiträgt, uns wachsam zu machen, so wäre dies ein wichtiger Schritt, um eine Wiederholung der Geschichte zu verhindern.

Es freut mich und alle meine Kolleginnen und Kollegen sehr, dass die Ausstellung im Ulmer Haus der Stadtgeschichte zu sehen ist, direkt am Weinhof, dem historischen Ort der Ereignisse. Mein Dank gilt der Kuratorin der Ausstellung, Frau Antje Trosien, und meinem Kollegen und Stellvertreter Herrn Ulrich Seemüller, der maßgeblich daran mitgewirkt hat. Der DGB Südwürttemberg hat für die Realisierung und Finanzierung der Ausstellung gesorgt, dafür gebührt ihm herzlicher Dank und Anerkennung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und lade Sie nun alle ein, im Anschluss an den Empfang die Ausstellung im Schwörhaus gemeinsam anzusehen.



Der Eingang zum Gewerkschaftshaus nach der Zerbombung 1944